

Bremerhaven macht Rückzieher

Verein darf Plakate für Wahlrechts-Volksbegehren nun doch aufstellen / Strittiges Ortsgesetz soll geändert werden

Von unserem Redakteur
Michael Brandt

BREMERHAVEN. Nun also doch. Mit einem knappen Monat Verspätung dürfen jetzt in Bremerhaven Plakate für das Wahlrechts-Volksbegehren geklebt werden. Gestern sind Initiator Paul Tiefenbach und weitere Mitglieder des Vereins "Mehr Demokratie" bereits unterwegs gewesen, um die ersten von 200 Papptafeln anzubringen. Zuvor hatte der Magistrat dies mit Hinweis auf die Ortsgesetze noch verboten. Tiefenbach äußerte sich gestern zufrieden über den Rückzieher der Seestadt-Verwaltung: "Schön, dass wir nun in Bremerhaven genauso auftreten können, wie wir es in Bremen seit Wochen tun." Er spricht aber unverändert von einem bedenklichen Demokratieverständnis. Es müsse sich dringend etwas ändern. Trotz der bisher fehlenden Plakatierung ist der Verein "Mehr Demokratie" mit dem Sammelergebnis zufrieden. Knapp 1000 Bremerhavener hätten sich bislang in die Listen eingetragen, heißt es. Das Ziel der Initiative für die Seestadt liegt indes bei 8000 Unterschriften.

Die Verwaltungspolizei hatte sich bei dem ursprünglichen Verbot, wie berichtet, darauf berufen, dass das Plakatieren auf öffentlichen Flächen in Bremerhaven nur Parteien und denen auch nur sechs Wochen vor der Wahl erlaubt sei. Der Verein "Mehr Demokratie" wollte dies nicht hinnehmen. Eines der Argumente: Im Ortsgesetz sei ein Volksbegehren gar nicht berücksichtigt. Ein Anwalt setzte dem Magistrat im Namen des Vereins eine Frist.

Laut Horst Keipke, Chef der Verwaltungspolizei, bleibt die Behörde auch jetzt noch bei ihrer Einschätzung. Allerdings wird das Volksbegehren nun als "besonderer Einzelfall" eingestuft und darüber die Plakatierung ausnahmsweise genehmigt. Keipke kündigt an, dass die aktuelle Auseinandersetzung zum Anlass genommen werden soll, das Ortsgesetz zu ändern.

"Mehr Demokratie" hat bis zum 18. Oktober Zeit, für das Wahlrechts-Volksbegehren knapp 50000 Unterschriften zu sammeln. Ist das Projekt erfolgreich, kommt es zu einem Volksentscheid. Ziel ist es, den Wählerinnen und Wählern mehr Einfluss als bisher auf die Zusammensetzung der Parlamente zu geben. Deshalb sollen nicht mehr komplette Parteilisten angekreuzt werden können, sondern auch einzelne Politiker. Die Bürger hätten dann fünf Stimmen, die sie beliebig auf dem Wahlzettel verteilen könnten.

© Copyright Bremer Tageszeitungen AG Ausgabe: Verdener Nachrichten Seite: 7 Datum: 15.08.2006